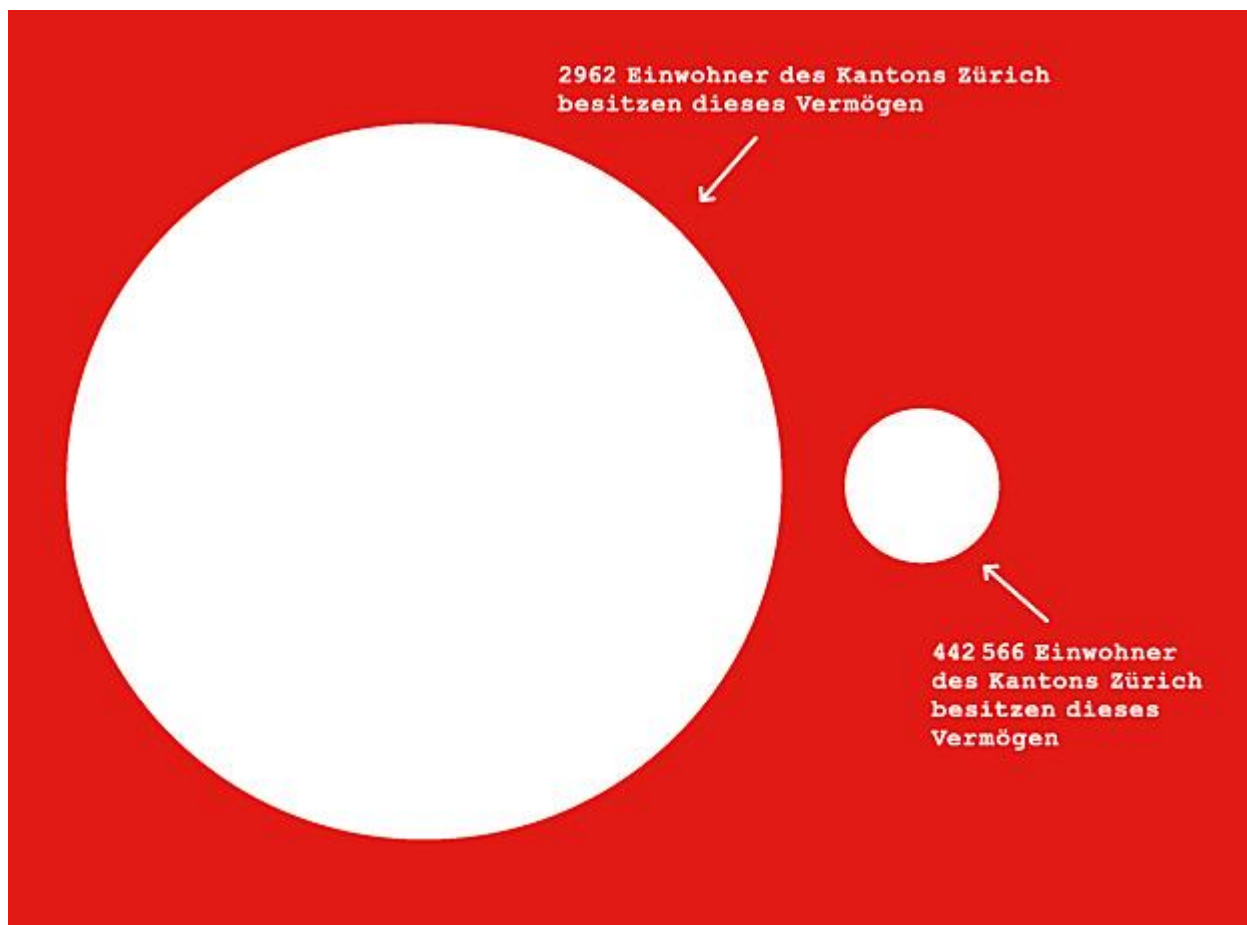


Tages Anzeiger Magazin vom 30.5.2014, von Hans Kissling

Vorwärts ins 19. Jahrhundert

AUS DEM AKTUELLEN HEFT vom 30. Mai 2014



Je grösser die Vermögensunterschiede sind, desto stärker
wachsen sie weiter. Genau das geschieht seit vierzig Jahren in allen
Industrieländern. Auch in der Schweiz?

Text Hans Kissling

Wirtschaftliche Ungleichheit war das grosse Thema der klassischen Ökonomen wie Malthus, Ricardo und Marx, aber die heutige Wirtschaftswissenschaft beschäftigte sich damit nur am Rande. Das hat sich schlagartig geändert, seit der Ökonom Thomas Piketty sein neues Buch «Le capital au XXIe siècle» – Das Kapital im 21. Jahrhundert – veröffentlichte. Piketty hat

eine weltweite Debatte angeschoben, weil er die Vermögen in den Fokus rückt. Über Unterschiede bei den Einkommen – über Mindestlöhne auf der einen und Abzockerboni auf der anderen Seite – wird nicht nur in der Schweiz seit längerem heftig gestritten, sondern auch in vielen anderen Ländern. Die ungleiche Vermögensverteilung wurde bisher jedoch wenig diskutiert. Völlig zu Unrecht, wie Piketty nun zeigt.

Zum einen sind die Vermögen viel ungleicher verteilt als die Einkommen, zum anderen werden immer grössere Vermögen angehäuft, was dazu führt, dass die Erträge aus diesem Kapital einen immer grösseren Teil des Volkseinkommens darstellen. Das Verhältnis zwischen Löhnen und Kapitalerträgen verschiebt sich zugunsten der Kapitalerträge. Arbeitseinkommen wird weniger wichtig, Vermögensbesitz wird wichtiger. Piketty bezieht in seine Analyse eine Reihe europäischer Länder und die USA ein. Die Schweiz hingegen bleibt aussen vor in seinem Buch. Aber gelten seine Erkenntnisse nicht auch für unser Land? Vielleicht sogar in ganz besonderem Mass?

Extrem ungleiche Schweizer Vermögen

Die Einkommen in der Schweiz sind im Unterschied zu anderen Ländern relativ gleich verteilt. Das hat vor allem mit der Wirtschaftsstruktur zu tun. Die Schweizer Wirtschaft exportiert hochwertige Güter und beschäftigt einen hohen Anteil von gut qualifizierten Arbeitnehmern mit – im internationalen Vergleich – hohen Löhnen und entsprechend geringe Anteile von Arbeitnehmern im Tieflohnbereich. Seit der Jahrtausendwende ist die Einkommensverteilung allerdings ungleicher geworden: Der Anteil des obersten Promilles hat sich stark erhöht.

Völlig anders präsentiert sich jedoch das Bild bei der Vermögensverteilung. Im internationalen Vergleich gehört die Schweiz zu den Ländern mit der grössten Vermögenskonzentration. Gemäss der Statistik der eidgenössischen Steuerverwaltung besitzt das reichste Prozent der Steuerpflichtigen 40 Prozent des gesamten privaten Vermögens. Andere Berechnungen kommen auf noch höhere Werte. So besass das reichste Prozent gemäss einer Untersuchung der Credit Suisse von 2010 rund 59 Prozent des Vermögens, womit die Verteilung in der Schweiz weit ungleicher ist als in den USA.

Ein anschauliches Bild des Ausmasses der Vermögenskonzentration ermöglicht folgender Vergleich aus einer Untersuchung aus dem Kanton Zürich aus dem Jahr 2003. Damals besaßen die reichsten 10 Steuerpflichtigen gleich viel Vermögen wie die ärmsten 465 000 Steuerpflichtigen, das sind zwei Drittel aller Steuerzahler. Zwischen 1980 und 2000 war die Vermögensverteilung relativ stabil. Seither hat die Ungleichheit zugenommen, vor allem an der Spitze. Die reichsten 0,5 Prozent der Steuerpflichtigen besaßen 1981 noch 13 Prozent des Vermögens. Heute sind es 20 Prozent. Gemäss dem Wirtschaftsmagazin «Bilanz» hat sich das Vermögen der 300 reichsten Schweizerinnen und Schweizer in den letzten 24 Jahren sogar mehr als verfünffacht. Es stieg von 86 Milliarden Franken im Jahr 1989 auf 564 Milliarden im Jahr 2013.

Es gibt Ökonomen, welche die statistisch ausgewiesene hohe Vermögenskonzentration in der Schweiz bezweifeln. Sie argumentieren, dass in der Statistik die 800 Milliarden Franken umfassenden Vermögen der Pensionskassen fehlen. Würde man diese mit einbeziehen, so ergäbe sich eine gleichmässigerere Verteilung der Vermögen. Diese Argumentation ist allerdings wenig stichhaltig, handelt es sich doch bei den Vermögen der zweiten Säule um aufgeschobene Einkommen, die in den allermeisten Fällen als Renten bezogen werden. In

jenen Fällen, wo das Kapital vor Antritt des Pensionsalters bezogen wird, erscheint das Vermögen in der Statistik. Es gibt verschiedene Gründe anzunehmen, dass die offizielle Statistik die Ungleichheit eher unterschätzt. So liegen die in den amtlichen Daten enthaltenen Steuerwerte für Immobilien teils weit unter den Marktwerten.

Die Vergangenheit verschlingt die Zukunft

Warum aber soll starke Vermögensungleichheit überhaupt ein Problem sein? Weil sie, so zeigt Piketty in seinem Buch, die fatale Eigenschaft hat, sich unter gewissen Bedingungen quasi automatisch immer weiter zu verstärken und die Gesellschaft immer ungleicher zu machen. Pikettys zentrale These lautet: Wenn die Rendite des Kapitals – in das er den privaten Immobilienbesitz einbezieht – höher ist als die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft, folgt daraus, dass die Vermögen rascher wachsen als die gesamte Wirtschaftsleistung. Sie werden deshalb im Verhältnis zur gesamten Wirtschaft immer grösser.

Während etwa Marx noch glaubte, dass die Profitrate langfristig gegen null sinkt, kommt Piketty zu einem anderen Befund. Die jährliche Rendite des Kapitals – das lässt sich empirisch belegen – beträgt im langjährigen Durchschnitt 4 bis 5 Prozent. Dagegen liegt das Wirtschaftswachstum von Anfang des 20. Jahrhunderts bis 2010 durchschnittlich bei lediglich rund 3 Prozent. Die Rendite des Kapitals übertrifft auf die Dauer die Wachstumsrate der Wirtschaft. Es folgen daraus ein steter Anstieg des Verhältnisses von Kapital zur Wirtschaftsleistung und eine steigende Konzentration der Vermögen und Einkommen. Mit geografisch und historisch breit abgestütztem Datenmaterial hat Piketty nachgewiesen, dass wir auf dem besten Weg zurück zu den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts sind, als die jährliche Wachstumsrate der Volkswirtschaft weit unter der Profitrate lag. Dieser Prozess beschleunigt sich desto mehr, je tiefer das Wirtschaftswachstum ausfällt.

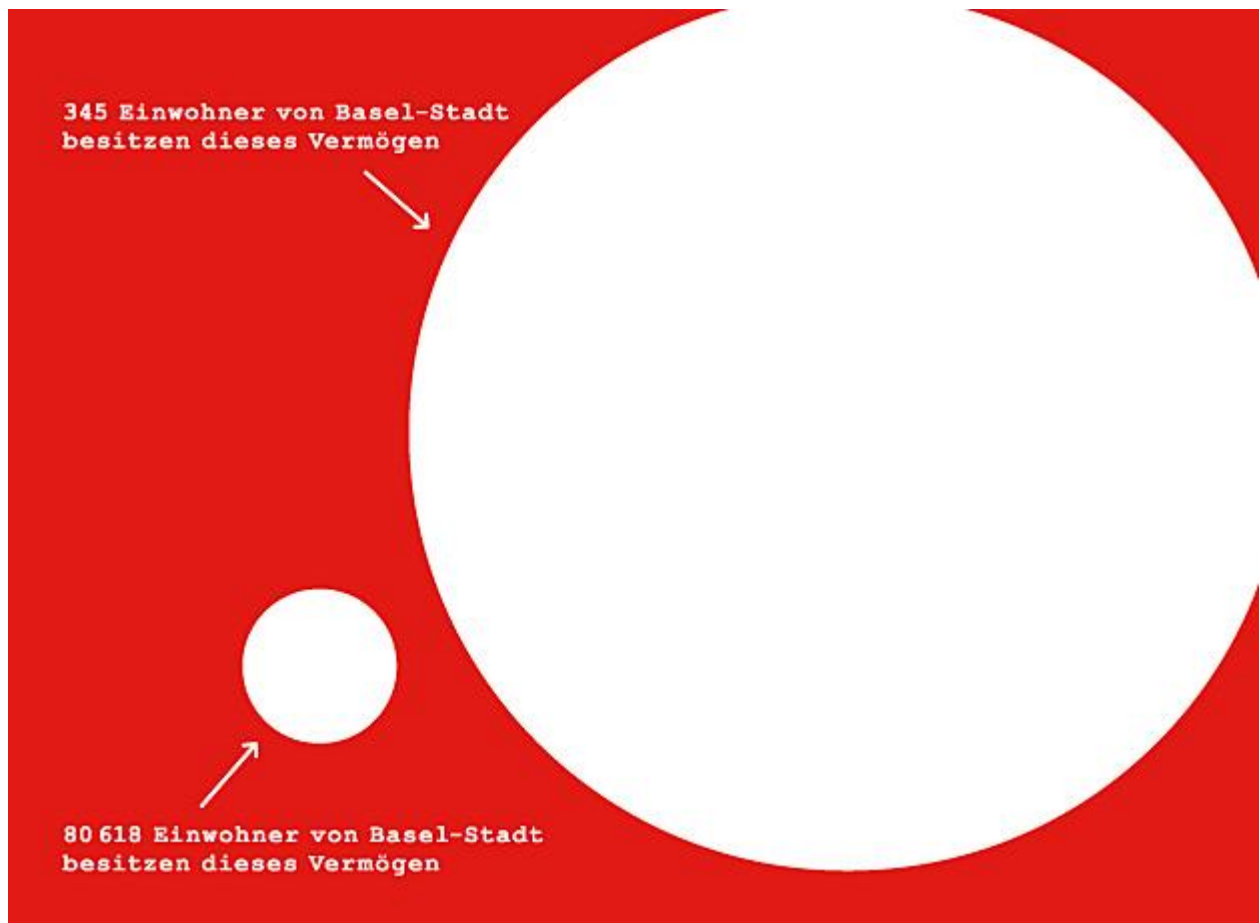
Dass grosse Vermögen eine deutlich höhere Rendite erzielen als kleine, verstärkt diesen Prozess noch. In die gleiche Richtung wirken die höhere Sparquote der Vermögenden und die Vererbung grosser Vermögen.

Warum aber feiern das Kapital und die ererbten Vermögen ein derartiges volkswirtschaftliches Comeback? Schon am Anfang des 20. Jahrhunderts, zu Zeiten der Belle Époque, waren die Vermögen extrem konzentriert. So besaßen die reichsten 10 Prozent in den europäischen Ländern rund 90 Prozent des gesamten privaten Vermögens. Danach reduzierten sich die Ungleichheiten von Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Die beiden Kriege haben insbesondere in Europa viel Vermögen durch physische Zerstörung oder durch Inflation vernichtet und liessen den Anteil der reichsten 10 Prozent auf rund 60 Prozent sinken. In der Nachkriegszeit reduzierte sich die Ungleichheit weiter bis 1970. Ein hohes Wirtschaftswachstum, progressive Steuern und die Etablierung von Sozialversicherungen erlaubten breiteren Kreisen die Bildung von kleineren und mittleren Vermögen. Seit 1970 hat die Ungleichheit in der Verteilung der Vermögen allerdings wieder zugenommen. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums und Steuersenkungen für hohe Einkommen brachten diese Trendwende. Heute liegen die Anteile der reichsten 10 Prozent bei rund 70 Prozent.

Die dreissig Jahre der abnehmenden Ungleichheit nach dem Zweiten Weltkrieg sieht Piketty als Sonderfall. Wachstumsraten von 4 bis 5 Prozent wie nach dem Zweiten Weltkrieg werde es nie mehr geben. Nur schon 2 Prozent seien schwierig zu erreichen. Deshalb nehme die Ungleichheit weiter zu.

In welchem Tempo das gehen kann, hat das US-Magazin «Forbes» vorgerechnet: Die Vermögen des reichsten 0,1 Promilles dieser Welt sind seit 1987 jedes Jahr durchschnittlich um real 6 bis 7 Prozent gestiegen. Die 300 Reichsten – die zusammen in einem Jumbojet Platz finden würden – besitzen heute gleich viel Vermögen wie die ärmsten drei Milliarden, also beinahe so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Die extrem ungleiche Verteilung der Vermögen beeinflusst auch die Verteilung der Einkommen. Zwar sind die Einkommen gleichmässiger verteilt als die Vermögen. Aber die zunehmende Vermögenskonzentration führt wegen der grösseren Konzentration der Kapitaleinkommen auch zu grösserer Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Zweifellos tragen auch die exorbitanten Managerentgelte zur Öffnung der Einkommensschere bei. Bei den höchsten Einkommen spielt aber der Vermögensertrag die grösste Rolle. So stammen heute in den USA 70 Prozent des Einkommens des reichsten Promilles aus dem Kapitalertrag.



Die Rolle des Erbens

Eine entscheidende Bedeutung für die Vermögensverteilung schreibt Piketty den Erbschaften zu. Mitte des 19. Jahrhunderts bestand persönlicher Reichtum praktisch ausschliesslich aus Erbschaften. So machten diese im Jahr 1850 beinahe 90 Prozent des gesamten privaten Vermögens aus. Dies änderte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, da infolge der

Industrialisierung in der Wirtschaft grosse Vermögen generiert wurden. Deren Vernichtung in den Weltkriegen und der Aufstieg der Mittelschicht in der Zeit danach verringerten den Anteil des vererbten Vermögens am Gesamtvermögen weiter. 1970 war der Tiefpunkt mit gut 40 Prozent erreicht. Das erste Mal in der Geschichte war in Europa das Vermögen, welches die Lebenden generierten, grösser als der vererbte Reichtum.

Seit 1970 steigt die Kurve wieder steil an; der Anteil des vererbten Reichtums am Total der Vermögen liegt heute bei über 70 Prozent und dürfte weiter zunehmen, wenn – wie zu erwarten ist – die Kapitalrendite künftig höher ausfällt als das Wachstum der Wirtschaft. Wenn bestehende Vermögen stärker wachsen als die Einkommen aus Arbeit, so nimmt die Rolle von geerbtem Reichtum im Verhältnis zu neuem, auf der Basis von Einkommen realisiertem Reichtum zu.

Die hohe Ungleichheit in der Verteilung der Erbschaften – rund die Hälfte der Bevölkerung erbt überhaupt nichts oder nur sehr wenig – verstärkt die Vermögenskonzentration. Personen, denen ein grosses Erbe zukommt, müssen bei der Vermögensbildung nicht bei null anfangen, erzielen durch den Vermögenszugang ein höheres Einkommen und können mehr sparen und später wiederum mehr vererben. Es findet somit ein kumulativer Prozess der Vermögenskonzentration durch grosse Erbschaften statt. Dadurch entsteht eine wachsende Schicht von Personen, die allein vom Erbe leben können.

Piketty hat errechnet, dass in Frankreich 2010 rund 13 Prozent der Personen ein Erbe in Aussicht hatten, das dem entspricht, was ein Angehöriger der unteren Mittelschicht in seinem ganzen Leben verdient. Die heutige Generation der sehr reichen Europäer und Amerikaner mag zwar zu einem guten Teil aus Managern mit sehr hohen Entgelten bestehen. Aber diese Manager haben Erben – neues Geld wird zu altem Geld.

Konsequenzen für Gesellschaft und Politik

Nach Piketty entwickelt sich die Gesellschaft in Richtung «Oligarchie», in der die Wirtschaft – und zunehmend auch die Gesellschaft – von Erbdynastien beherrscht wird. Die Konzentration von vererbtem Reichtum werde so hohe Werte erreichen, dass durch persönliche Leistung erworbener Reichtum in den Hintergrund trete. Das wäre dann eine «patrimoniale» Gesellschaft, in welcher der Platz jedes Einzelnen zunehmend durch seine Herkunft bestimmt ist. Damit würde das Prinzip der Meritokratie verletzt, nach dem hohe Einkommen und Vermögen auf eigener Leistung und nicht auf Abstammung basieren sollen. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, das Fundament der modernen Demokratie, würden illusorisch.

Der extremen Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen und Vermögen ist für Piketty nur mit einer Steuerreform beizukommen. Für Einkommen von über einer Million Dollar sieht er eine Steuer bis zum Spitzensatz von 80 Prozent vor. Gemessen an heute üblichen Steuersätzen mögen 80 Prozent als wahnwitzig hoch erscheinen, aber es wäre nichts anderes als die Wiederherstellung des Spitzensatzes, der von 1940 bis 1980 in Grossbritannien und den USA galt. Zum Abbau der Vermögenskonzentration und zur Eindämmung des wachsenden Einflusses von vererbtem Vermögen bringt Piketty einen noch radikaleren Vorschlag. Hatte er vor zwei Jahren noch eine «optimale Erbschaftssteuer» mit Spitzensätzen von 50 bis 60 Prozent erwogen, so fordert er nun eine jährliche progressive Vermögenssteuer mit Höchstsätzen von bis zu 5 Prozent bei den Milliardenvermögen. So könne die endlose Spirale der Vermögenskonzentration beendet werden. Die Spitzensätze auf den höchsten

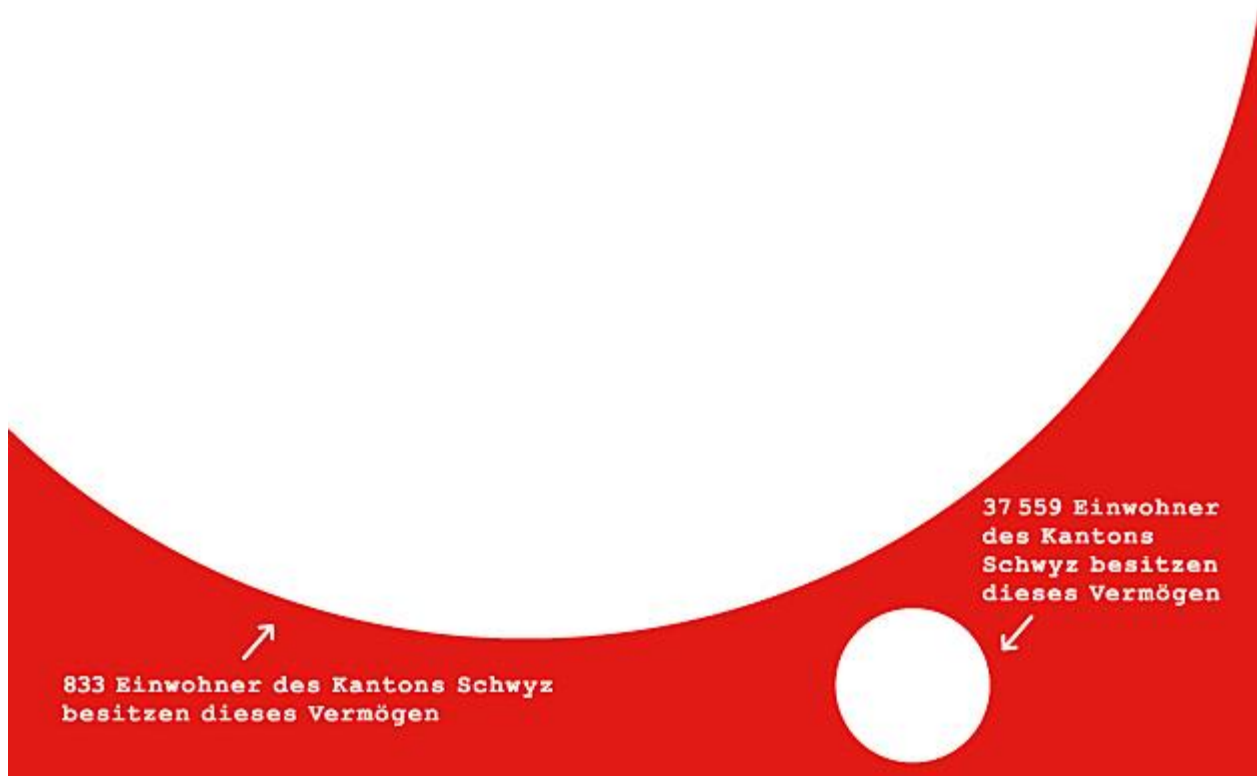
Einkommen könnten in den USA oder auf dem Niveau der EU eingeführt werden, ohne dass die Wirtschaft darunter leiden würde, weil nicht damit gerechnet werden müsse, dass deswegen die hochbezahlten Manager dem Land oder dem Kontinent den Rücken kehren würden. Das lehren Geschichte und der gesunde Menschenverstand. Hingegen sei – um Steuerflucht zu vermeiden – die Realisierung einer progressiven Vermögenssteuer lediglich auf globalem Niveau möglich, womit dieser Vorschlag wohl eine Utopie bleiben wird. Die Voraussetzung dafür wären eine intensive weltweite Kooperation und ein hoher Grad an finanzieller Transparenz durch einen weltweiten automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen.

Eine Vermögenssteuer mit der vorgeschlagenen Progression wäre zweifellos ein gutes Instrument zum Abbau der Ungleichheit. Nachteil einer solchen Steuer wäre aber, dass sie selbst erwirtschaftetes Vermögen gleich behandeln würde wie ererbtes, also ohne eigene Leistung erworbenes Vermögen. Das widerspräche dem Prinzip der Meritokratie, nach dem unterschiedliche Vermögen und Einkommen auf Eigenleistung und Arbeit, nicht auf Abstammung beruhen sollen. Eine jährlich erhobene Vermögenssteuer mit hohen Sätzen könnte die Ungleichheit wohl schneller abbauen als eine Erbschaftssteuer. Letztere hätte aber den Vorteil, dem Prinzip der Meritokratie gerecht zu werden.

Warum wir so vermögend sind

Das Phänomen der sehr hohen Vermögenskonzentration betrifft die Schweiz in besonderem Masse. Woher kommt das? Sie hat ihre Ursache in drei Faktoren. Erstens wurde unser Land von den beiden Weltkriegen und damit von der physischen Vernichtung von Fabrikanlagen und Immobilien verschont. So konnten sich die Schweizer Dynastien im Unterschied zu jenen der meisten übrigen europäischen Staaten kontinuierlich weiterentwickeln. Zweitens bewirkten die tiefen Einkommens- und Unternehmenssteuern einen steten Zuzug von Reichen und Superreichen, vor allem aus den Nachbarländern. So gilt zum Beispiel Wollerau als eine der steuergünstigsten Gemeinden Europas. Der dritte und wichtigste Grund liegt in der geringen Besteuerung der Erbschaften der direkten Nachkommen.

Bis zur Jahrhundertwende wurden diese im Vergleich mit den wichtigsten Nachbarländern sehr tief besteuert; im Kanton Zürich betrug der Höchstsatz zum Beispiel 7 Prozent. Danach schafften im Rahmen des interkantonalen Steuerwettbewerbs fast alle Kantone die Besteuerung der direkten Nachkommen ganz ab. Damit können auch Milliardenvermögen ohne Besteuerung von einer Generation auf die nächste übertragen werden, womit die Konzentration der Vermögen noch beschleunigt wird. In Zahlen bedeutet das, dass in den kommenden dreissig Jahren rund 900 Personen jeweils mehr als 100 Millionen Franken erben werden. Davon kommen 120 Personen in den Genuss eines Erbes von einer Milliarde Franken oder mehr. Anders ausgedrückt: Jede zweite Woche erbt jemand mehr als 100 Millionen, und jeden dritten Monat erbt jemand eine Milliarde Franken oder mehr. Kürzlich verstarb zum Beispiel ein Unternehmer mit einem Vermögen von rund 7 Milliarden Franken. Die beiden Nachkommen erbten zusammen ein Vermögen, das dem Wert sämtlicher Wohnungen und Einfamilienhäuser des Kantons Appenzell Innerrhoden entspricht. Mit anderen Worten: Den Erben fällt ein Vermögen zu, das umfangmässig dem Reichtum mittelalterlicher Fürsten gleichkommt. Es ist keine Übertreibung, von feudalen Verhältnissen zu sprechen.



Wollen wir die Plutokratie?

Welche Folgen hat die extreme Konzentration der Vermögen für die Wirtschaft? Viele, vor allem neoliberale Ökonomen gehen davon aus, dass eine hohe Ungleichheit bei den Einkommen das Wirtschaftswachstum nicht negativ beeinflusst; einige sind sogar der Meinung dass dadurch das Wachstum angekurbelt werde. Nun hat vor kurzem der Internationale Währungsfonds – kein Hort linker Ökonomen – verlauten lassen, dass mehr Gleichheit das Wirtschaftswachstum fördern könne, weshalb eine höhere Progression im Steuersystem sinnvoll sei. In der Schweiz ist zwar, wie bereits ausgeführt, die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen vergleichsweise moderat. Die steigende Ungleichheit bei der Vermögensverteilung wird mit der Zeit aber auch auf die Einkommensverteilung durchschlagen und langfristig das Wirtschaftswachstum schmälern.

Mit einem verschwindend geringen Anteil ihres Vermögens können Superreiche Einfluss auf die Politik nehmen. Sie können grosszügige Wahlspenden finanzieren und – was in unserem direktdemokratischen System der Volksabstimmungen – von besonderer Bedeutung ist – Abstimmungen beeinflussen. Geld kann bei Abstimmungen eine entscheidende Rolle spielen, vor allem wenn sich Befürworter und Gegner einer Vorlage in etwa die Waage halten, wie zum Beispiel bei der EWR-Abstimmung von 1992. Zu Beginn der Abstimmungskampagne lagen gemäss einer repräsentativen Meinungsumfrage die Befürworter knapp vorn. Daraufhin wurden – gesponsert von Christoph Blocher – so viele Mittel eingesetzt wie noch nie. Einen Monat vor der Abstimmung überwog die Auflage der gegnerischen Inserate jene der Befürworter um das Zehnfache. Auch damit gelang den Gegnern der Turnaround.

Was nun?

Sollen die Superreichen in unserem Land immer reicher werden? Wollen wir eine Gesellschaft, in der eine kleine Schicht sehr reicher Leute einen zunehmenden Einfluss auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entscheidungen ausübt und ihre Macht durch Vererbung über weitere Generationen erhalten kann? Wer Pikettys Forschungsergebnisse ernst nimmt, kommt nicht umhin, auch in der Schweiz diese Fragen zu stellen.

Die heutige extreme Vermögenskonzentration in unserem Land ist einerseits das Ergebnis der Kapitalakkumulation erfolgreicher Unternehmer, deren Vermögen über die Generationen hinweg weiter vermehrt wurden. Sie entspringt aber andererseits auch einer Politik von tiefen Einkommens-, Unternehmens- und Erbschaftssteuern – Letztere sind seit fünfzehn Jahren für die Erben der Vermögenden sogar ganz weggefallen. Soll der Trend zur weiteren Konzentration gestoppt werden, braucht es eine alternative Steuerpolitik. In der Schweiz existieren mässige Vermögenssteuern auf kantonaler Ebene, allerdings mit fünf- bis zehnmal tieferen Sätzen, als Piketty sie empfehlen würde. Ein Anheben auf das von ihm anvisierte Niveau kann ein Land im Alleingang nicht realisieren, dies ist deshalb kein Rezept für die Schweiz. Eine stärkere Besteuerung der höchsten Einkommen auf dem Niveau der Nachbarländer wäre hingegen verkraftbar. Sie könnte durch eine Harmonisierung der kantonalen Mindestsätze erreicht werden. Die Schweiz bietet genügend Standortvorteile, um einen solchen Schritt zu wagen.

Was bei uns – im Unterschied zu den meisten vergleichbaren Ländern – völlig fehlt, ist eine Steuer auf hohen Erbschaften. Sie ist das effizienteste Mittel zur Eindämmung der weiteren Vermögenskonzentration. Mit der voraussichtlich im kommenden Jahr zur Abstimmung gelangenden Volksinitiative «Erbschaftssteuerreform – Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» bietet sich die Chance, diese Lücke zu füllen und der steigenden Vermögenskonzentration zu begegnen.

Die Politik ist aber auch in einem anderen Bereich gefordert. Die Schweiz ist das einzige zivilisierte Land ohne Regelung der Parteienfinanzierung. Dafür wurde unser Land 2011 vom Europarat kritisiert. Dieser Mangel am System der direkten Demokratie, auf das wir in der Schweiz zu Recht stolz sind, kratzt an unserer Vorbildfunktion.

Auch hier braucht es eine Politikanpassung. Transparenz ist eine Voraussetzung dafür; sie allein genügt aber nicht. Was nützt, ist eine Beschränkung des Umfangs von Spenden für Abstimmungskampagnen, damit unsere Demokratie nicht käuflich wird und nicht in Richtung Plutokratie abdriftet.

Hans Kissling ist Nationalökonom. Von 1992 bis 2006 leitete

er das Statistische Amt des Kantons Zürich. 2008 erschien sein Buch

«Reichtum ohne Leistung – die Feudalisierung der Schweiz».

hanskissling@bluewin.ch